

Aufstand der Pensionäre

Wegen Kritik an Kanalplänen: Ankara unterstellt früheren Admirälen nach Sorge über Souveränitätsverlust Putschgelüste. **Von Nick Brauns**

Als der sowjetische Staatschef Josef Stalin Ende 1939 den türkischen Außenminister Sükrü Saracoglu in Moskau empfing, begrüßte er ihn mit den Worten: »Ich hoffe, Sie haben die Schlüssel für die Meerengen mitgebracht.« Der türkische Diplomat konterte unter Verweis auf den drei Jahre zuvor nach zu Lebzeiten von Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk geschlossenen Vertrag von Montreux: »Ich bedauere, eure Exzellenz! Mustafa Kemal hat sie mit sich genommen.« Mit diesem bis heute gültigen Abkommen hatte die Türkei volle Souveränität über die seit ihrer Kriegsniederlage von einer Völkerbundkommission kontrollierten Meerengen Bosphorus und Dardanellen sowie das Marmarameer zurückgehalten. Während die Passage für Handelsschiffe ohne Einschränkungen besteht, kontrolliert die Türkei die durch den Vertrag nach Zahl und Tonnage beschränkte Zufahrt von Kriegsschiffen in das Schwarze Meer, deren Durchfahrt sie im Kriegsfall auch ganz stoppen darf.



Hat immer noch viele Fans: Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk (Fußballspiel 2007 in Oslo)

Kemalisten alarmiert

Atatürks heutige Anhänger sehen dieses Abkommen, das sie neben dem Lausanner Friedensvertrag von 1923 als völkerrechtlichen Pfeiler der Unabhängigkeit der Türkischen Republik betrachten, nun gefährdet. Grund ist ein von Präsident Recep Tayyip Erdogan im Wahlkampf 2018 erstmals verkündetes Projekt einer künstlichen Wasserstraße zwischen dem Marmara- und Schwarzen Meer. Bislang ist noch kein Meter des Kanals gegraben. Doch vergangene Woche hat die Aussage von Parlamentssprecher Mustafa Sentop, wonach Erdogan die Autorität zur Aufkündigung des Montreux-Abkommens habe, die Alarmlampen bei den Kemalisten aufleuchten lassen. »Kanal Istanbul« bild das Montreux-Abkommen zur Diskussion stellen, und das wird dazu führen, dass die Türkei ihre absolute Souveränität über das Marmarameer einbüßt, warnen 126 pensionierte Diplomaten in einem

offenen Brief am 1. April. Ihnen folgten am Sonntagabend 104 pensionierte Admiräle mit einer zur mittelmächtigen Stunde veröffentlichten Erklärung, in der sie ihre Sorge über einen möglichen Ausstieg aus dem Abkommen kundtun. Angesichts einer Unterwanderung der Streitkräfte durch islamistische Sektoren riefen sie dazu auf, den »Pfad der Modernen« von Atatürk weiterzugehen. Am Montag meldeten sich auch 96 frühere Parlamentsabgeordnete in diesem Sinne zu Wort.

Die Regierungsbündnis aus Erdogans islamistischer AKP und der faschistischen MHP sprach umgehend von Putschvorbereitungen. Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf wegen »Absprache zur Begehung eines Verbrochens gegen die staatlichen Sicherheit« und Verfassungsordnung. Zehn Admiräle a. D. wurden am Mont-

tag in Haft genommen. Erdogan nannte deren Erklärung am Montagabend einen Angriff auf die Demokratie, versicherte aber, am Montreux-Abkommen festhalten zu wollen.

Versöhnliches Signal an EU

Der Versuch der Regierung, die Unterzeichner auch in die Nähe der als Staatsfeind Nummer eins verfolgten Gülen-Sekte zu rücken, geht indes fehl. So waren einige der jetzt inhaftierten Admiräle bereits vor zehn Jahren schon einmal auf Betreiben der Gülenisten verhaftet worden. Andere hatten im Juli 2016 an der Niederschlagung des von den Gülenisten initiierten Putsches mitgewirkt. Verhaftet wurde auch Admiral a. D. Cem Güdeniz, der Architekt der Marinesstrategie »Blaue Heimat«. Auf dieses Konzept zur Vormacht im

östlichen Mittelmeer geht das Ende 2019 von der Türkei mit Libyen geschlossene Seegrenzabkommen sowie die Kanonenbootpolitik gegenüber den EU-Mitgliedern Griechenland und Zypern im Streit um unterseeische Erdgasvorkommen zurück. So erscheint der Schlag gegen die kemalistischen Marinerepensionäre als versöhnliches Signal der Erdogan-Administration an die EU, deren Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratschef Charles Michel am Dienstag zu Kooperationsgesprächen nach Ankara reisten. Ein perspektivisch im Raum stehender Ausstieg aus dem Montreux-Abkommen käme wiederum der Einkreisungspolitik der USA gegenüber Russland entgegen. Damit würden Beschränkungen zur Verlegung der Kriegsschiffe von Nicht-Schwarzmeer-Anrainerstaaten fallen.

Türkei: Urteil nach Anschlag von 2016

Istanbul. Fünf Jahre nach dem Anschlag auf die Istanbul Altstadt, bei dem auch elf Deutsche starben, hat ein türkisches Berufungsgericht ein neues Urteil gegen Verantwortliche erlassen. Vier Angeklagte wurden unter anderem wegen Beihilfe zu vorsätzlicher Tötung, Mordversuchs und Verstoßes gegen die Verfassung zu lebenslanger und über 300 weiteren Jahren Haft verurteilt, wie die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu am Dienstag berichtete. Am 12. Januar 2016 hatte sich ein Selbstmordattentäter inmitten einer deutschen Reisegruppe in der Istanbul Altstadt in die Luft gesprengt. Dabei wurden zwölf Menschen getötet und 16 weitere verletzt. (dpa/W)

Iran: Anklage wegen Flugzeugabschuss

Teheran. Mehr als ein Jahr nach dem Abschuss einer ukrainischen Passagiermaschine im Iran hat ein Militärgericht Anklage gegen zehn Offiziere erhoben. Das berichtete die iranische Nachrichtenagentur ISNA am Dienstag. Dem Staatsanwalt zufolge werde bald ein Urteil im Prozess erwartet. Die ukrainische Boeing-Maschine war am 8. Januar 2020 irrtümlich kurz nach dem Start in Teheran von der iranischen Luftabwehr abgeschossen worden. Alle 176 Insassen wurden dabei getötet. (dpa/W)

Florida: Kein zweites Leck in Abwasserbecken

Tampa. Die Umweltbehörde des US-Bundesstaats Florida hat kein zweites Leck im Abwasserbecken eines früheren Phosphat- und Düngemittelwerks entdeckt. Entsprechende Berichte hätten sich nach einer Prüfung durch Experten nicht bestätigt, teilte das Amt am Montag (Ortszeit) mit. Rund 1,1 Milliarden Liter mit Phosphor und Stickstoff belastete Abwasser befanden sich noch im Becken im Gebiet von Piney Point südlich der Stadt Tampa, sagte der Verwaltungschef des betroffenen Bezirks Manatee, Scott Hopes. Der Riss in dem etwa 33 Hektar großen und acht Meter tiefen Becken war bereits vergangene Woche festgestellt worden. (dpa/W)

Letzter ETA-Mitgründer gestorben

Bilbao. Julen Madariaga ist als letzter der vier Gründer der 2018 aufgelösten baskischen Untergrundorganisation ETA gestorben. Der Politiker und Anwalt sei am Montagabend im Alter von 88 Jahren in seiner Geburtsstadt Bilbao im Baskenland im Norden Spaniens einer langen Krankheit erlegen, berichteten die Zeitung *El Mundo* und andere Medien am Dienstag unter Berufung auf die Familie. Die ETA wurde 1959 als Widerstandsbewegung gegen die Diktatur von Francisco Franco gegründet. Sie bezeichnete sich als »separatistisch, patriotisch, sozialistisch und revolutionär«. (dpa/W)

»Wir wollen nicht zahlen«

Vor 80 Jahren überfiel »das Reich« Griechenland. Auf Entschädigung wartet Athen bis heute. **Von Hansgeorg Hermann**

Raub lebenswichtiger Nahrung, der im Winter 1941/42 schätzungsweise 400.000 Menschen verhungern ließ. Nicht Griechenland »beharrt« – wie der *Spiegel* schrieb – auch unter dem rechten Ministerpräsidenten Kyrillos Mitsotakis »weiterhin auf Reparationszahlungen«. Es ist vielmehr die Bundesrepublik, die den »Freunden« in Athen »beharrlich« verweigert, was ihnen nach Ansicht nahezu aller Historiker zusteht.

Eine Kommission des griechischen Parlaments hatte in einem bereits Ende 2014 abgeschlossenen Bericht die Höhe der von den Deutschen zu zahlenden Entschädigung auf 269,5 Milliarden Euro beziffert. Dazu kommt, wie im Text ausgeführt, ein in Höhe von heute auf 10,3 Milliarden Euro geschätzter »Kredit«, den die Wehr-

macht der Griechischen Nationalbank aufgezwungen hatte. Chryssoula Kambas. Literaturprofessorin an der Universität Osloabrick und Herausgeberin des jüngsten Buches des Historikers Fleischer – »Krieg und Nachkrieg. Das schwierige deutsch-griechische Jahrhundert. – merkte dazu an: »Das Deutsche Reich hatte diesen Zwangskredit 1942 bis 1944 in monatlichen Raten abgepresst und bemerkenswerterweise bekommen, die Fälligkeitstraten bis zum deutschen Abzug im Oktober 1944 zu bedienen.«

Im »neuen« Deutschland, das sich fortan Bundesrepublik nannte, gilt der Rechtsgrundsatz »Pacta sunt servanda« – zu deutsch: Verträge sind einzuhalten –, den in diesem Fall sogar Hitlers uniformierte Besatzer und Mörder beachteten, offenbar nicht mehr.

Kambas: »Der Nachfolgestaat »vergaß« die Fortführung der Kreditbedingung bis auf den heutigen Tag. Der Posten besteht – auch jenseits von Reparationsfragen – somit weiterhin als Verpflichtung und trotz des heute von Berlin abgestrittenen Kreditcharakters.«

Als »kostengünstiger Ersatz«, wie Kambas schreibt, wurde von den stolzen Erfindern der »Erinnerungskultur« ein »Deutsch-Griechischer Zukunftsfonds« eingerichtet, begleitet von einem »Jugendwerk«, das allerdings nicht verhinderte, dass im Rahmen deutsch-europäischer Austeritätspolitik die Erwerbslosigkeit bei den jungen Griechen in den vergangenen zehn Jahren bis auf 60 Prozent stieg und nahezu eine halbe Million von ihnen die Heimat verlassen mussten. Dies mache »die Dialogbereitschaft Berlins zum Thema Geschichtsschuld nur wenig glaubhafter«. Ihre Hoffnung setzten die Griechen eine Zeit lang auf Gauck, den Mann, der so schön »um Verzeihung« bitten konnte. Als es ums Geld ging, schloss der sich allerdings, wenn auch nicht ganz so deutlich, dem Standpunkt des ehemaligen Botschafters von Bredow an.

Auf ihre »Erinnerungskultur« sind die Deutschen besonders stolz. Staatspräsidenten wie Joachim Gauck oder auch der aktuelle oberste Repräsentant der Republik, Frank-Walter Steinmeier, waren und sind Meister dieser »Kultur«, die Opfer des 1939 vom Zaun gebrochenen deutschen Vernichtungskriegs zwar immer mal wieder kostengünstig »um Verzeihung« zu bitten, jede finanzielle Entschädigung allerdings bis heute abzulehnen. Mit den Griechen, die »das Reich« und seine Wehrmacht am 6. April 1941 überfiel, spricht Berlin nicht über eine mit Geld verbundene »Wiedergutmachung«. Schon im Mai 1905 verriet der damalige Botschafter, Leopold Bill von Bredow, bei einer Feier zum 50. Jahrestag des Kriegsendes dem Athener Historiker Hagen Fleischer: »Wir wollen nicht zahlen.« Was Bredow, ein Nachfahre des Reichskanzlers Otto von Bismarck, in der griechischen Hauptstadt damals so klar formulierte, gilt bis heute. Kein Geld für die Griechen, keine Entschädigung für das Abbrennen ganzer Dörfer, die Ermordung Tausender Frauen, Männer und Kinder und den